



**Hans-Joachim Otto MdB**

Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Rhein-Main  
Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien  
des Deutschen Bundestages  
Mitglied des Bundesvorstandes der FDP

# ***Pressemitteilung***

## **Klage des Frankfurter Bundestagsabgeordneten OTTO wird am Mittwoch vor dem Bundesverfassungsgericht verhandelt**

Frankfurt am Main, 9. Oktober 2006. Der Frankfurter Bundestagsabgeordnete **Hans-Joachim Otto** wird am Mittwoch an der mündlichen Verhandlung über seine Organklage vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe teilnehmen.

„Durch die geänderten Verhaltensregeln, wonach Abgeordnete ihre Einkünfte aus Nebentätigkeiten offen legen müssen, werden bestimmte Berufe von einem Bundestagsmandat praktisch ausgeschlossen, wie sogar der von rot/grün beauftragte Sachverständige einräumt“, erklärt Otto, Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Rhein-Main. „Mit den verschärften Regeln werden Freiberufler, Unternehmer und Handwerker aus dem Parlament gedrängt und die ohnehin schon zu beobachtende Entwicklung hin zu einem reinen Beamten- und Funktionärsparlament verstärkt. Eine solche Entwicklung kann nicht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger sein. Berufserfahrung außerhalb der Politik ist unverzichtbar für eine funktionierende Demokratie. Je mehr praktische berufliche Erfahrung jemand in die Politik von außen mitbringt, desto besser“, so Otto weiter.

Transparenz sei sehr sinnvoll, allerdings nicht so, wie es von den neuen Regeln vorgesehen wird: „Die Veröffentlichung von Nebeneinkünften darf erstens nicht zu Lasten Dritter gehen, wie es z.B. im Falle von Beteiligungen in Familienbetrieben der Fall wäre, und vor allen Dingen müssen solche Regeln jedem Handwerker oder Selbstständigen die Möglichkeit lassen, ein Bundestagsmandat wahrzunehmen, ohne dass die Konkurrenz Einblick in die Finanzverhältnisse bekommt“, so Otto, zugleich Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages. „Ich bin klar für eine Offenlegung von Nebentätigkeiten und Transparenz. Verschärfte Regeln sind dann sinnvoll, wenn sie eventuelle Interessenkollisionen aufdecken. Die zusätzliche Angabe der Einkünfte ist hierzu ungeeignet und richtet mehr Schaden als Nutzen an“.

Nach den im vergangenen Jahr geänderten Verhaltensregeln müssen Abgeordnete nicht nur ihre Nebentätigkeiten veröffentlichen, sondern auch sämtliche einzelne daraus erzielten Einkünfte in pauschalisierter Stufenform. Dagegen klagen neben Otto auch Parlamentarier anderer Fraktionen wie z.B. Friedrich Merz (CDU), Siegfried Kauder (CDU) und Peter Danckert (SPD).

Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:

Roland Philippi, Tel: 069/ 90028568, Fax: 069/ 13819300, Email: roland.philippi@gmx.de  
Christian Zeis, Tel: 06172/ 998452, Fax: 06172/ 998462, Email: zeis-pr@t-online.de  
[www.hans-joachim-otto.de](http://www.hans-joachim-otto.de)